

Resolution

"Umsetzung des Prostitutionsgesetzes auf Landesebene"

Wir fordern die Landesregierung Baden-Württemberg dazu auf:

- alle ordnungspolitischen Möglichkeiten auf Landesebene auszuschöpfen, um Frauen und Männern, die in der Prostitution arbeiten, einen höchstmöglichen Schutz vor Ausbeutung und gesundheitlicher Beeinträchtigung zu gewähren
- ferner die über die Prostitution einbehaltenen Steuermittel in voller Höhe dazu zu nutzen, ein effizientes, flächendeckendes und vor allem niedrigschwelliges Beratungs-, Therapie-, Gesundheitsvorsorge und Rechtshilfeangebot für Prostituierte aufzubauen; Migrantinnen müssen möglichst ein Angebot in ihrer Muttersprache bekommen
- Einstiegsverhinderungsangebote zu machen, Ausstiegshilfen auszubauen und nachhaltige Alternativen zu schaffen, die ausstiegswilligen Frauen aus der Prostitution heraus helfen
- eine Genehmigungspflicht für Bordelle auf Basis des Gewerberechts einzuführen und sie als Kontrollinstrument zu nutzen
- Aufklärung über die Ursachen und Folgen der Prostitution bereits im Sexualkundeunterricht in den Schulen einzuführen ¹
- Forschungsvorhaben einzurichten und finanziell zu fördern, die das Freierverhalten, die Auswirkungen der Globalisierung auf die Prostitution, die Auswirkungen der Prostitution auf die physische und psychische Gesundheit der Betroffenen und die psychosozialen Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und Prostitution untersuchen.

¹ Anmerkung: Noch immer gilt es unter manchen Jugendlichen als Mutprobe, zur Prostituierten zu gehen; es werden z.B. Gutscheine für Bordellbesuche zum 18. Geburtstag verschenkt. Abwertung und Diskriminierung von Prostituierten ist unter Jugendlichen weit verbreitet. Die Probleme des gesellschaftlichen Phänomens Prostitution werden jedoch in der sexuellen Aufklärung von Jugendlichen nicht thematisiert.